

Politik in Kürze



Roter EU-Talk in Kundl: Freund (r.) diskutiert mit Ernst Meijnders (l.), Gerhard Reheis und der Tiroler SP-Spitzenkandidatin für die EU-Wahl Karoline Graswander-Hainz. Foto: SP Tirol

Bodenseers EU-Qual und Seebers Garantie

Europa rückte gestern in Tirol in den Mittelpunkt, die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai werfen ihren Schatten voraus. Die SPÖ absolvierte mit ihrem Spitzenkandidaten Eugen Freund bereits die erste Wahlkampf tour. Gemeinsam mit SP-Klubchef Gerhard Reheis besuchte er Sandoz in Kundl. „Würden in Europa die Balken wieder heruntergehen, wäre das für Betriebe wie den unseren ein herbes Problem“, warnte Vorstandsvorsitzender Ernst Meijnders vor einem Negativwahlkampf. Das werde man all jenen klar machen, „die nationalistische Parolen ausgeben“, versicherte Freund.

ÖVP-intern wird hingegen noch über die Kandidatenliste räsoniert. Die Tiroler VP unterstützt dabei die Westkandidatin aus Salzburg Claudia Schmidt. Am Montag will sie nach dem Parteivorstand ihre Tiroler Bewerber präsentieren, die aber keine Chance auf ein Mandat



Bodenseer vermisst VP-Wirtschaftskandidaten. Foto: Muraauer

haben werden. Vielleicht gibt es ja mit dem Südtiroler Herbert Dorfmann (von der Schwesterpartei SVP) einen schwarzen Euregion-Kandidaten. Dorfmann wird wieder fix ins EU-Parlament einziehen.

Keine Freude hat Tirols Wirtschaftsbundobmann Jürgen Bodenseer mit der bisherigen Kandidatenauslese auf der Bundesliste. Er befürchtet, dass der Wirtschaftsbund leer ausgeht und für die Wirtschaft nur Platz fünf auf der EU-Liste übrig bleibt. Der bisherige Abgeordnete Paul Rübiger wird als Kandidat gehandelt. Seinen Unmut tat Bodenseer bei Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl kund. Platz fünf sei angesichts der Stimmung für die ÖVP ein Kampfmandat. „Wir müssen wieder ordentlich auf den Tisch hauen, damit wir nicht den einzigen Wirtschaftsverbündler in Brüssel verlieren“, forderte er Leitl zum Handeln auf.

EU-Mandatar Richard Seeber wird nach zwei Perioden nicht mehr für die ÖVP kandidieren und zieht sich zurück. Bis 2004 war er Leiter des gemeinsamen Büros der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino in Brüssel. Für seine Zeit in der Europapolitik wurde der Landesbeamte kareziert, Seeber hat ein Rückkehrrecht ins Tirol-Büro. Ob er dieses wahrnimmt, wird sich nach der Europawahl zeigen. LH Günther Platter hofft auf eine Rückkehr Seebers, der allerdings auch in die Privatwirtschaft wechseln könnte. Derzeit führt Florian Mast die Verbindungsstelle. (pn)

Heimopfer wehren sich gegen Verjährung von Ansprüchen

Juristische Antworten auf Schadenersatzklagen von zwei Missbrauchsoffern in Landesheimen sorgen für Debatten. Liste Fritz gegen Verjährung.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Im Landeserziehungsheim St. Martin wurden über Jahrzehnte Hunderte Mädchen traumatisiert. Sie waren körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt. Arbeit galt als Erziehungsmaßnahme, die Mädchen über 14 Jahre mussten in der Lohnwäscherei oder in der Näherei Tätigkeiten verrichten. St. Martin hat die Mädchen fürs Leben gezeichnet, viele zerbrachen daran.



„Bei allem Leid, das Heimkindern angetan wurde, geht es auch um Rechtssicherheit. Das wird auch geprüft.“

Christine Baur (Grüne)
(Soziallandesrätin) Foto: Rottensteiner

Die Opferschutzkommission des Landes hat bisher 274 Heimopfer entschädigt. Zwei ehemalige Zöglinge haben das Land jedoch auf 900.000 Euro bzw. 300.000 Euro Schadenersatz geklagt. Und daran entzündet sich jetzt eine politische Debatte.

Im Spannungsfeld von juristischer Auseinandersetzung und Anerkennung der Verantwortung des Landes gegenüber den Missbrauchsoffern fordert die Liste Fritz ein klares Bekenntnis von der Tiroler Landesregierung. „Das Land darf in den Gerichtsverfahren nicht die Verjährung einwenden“, fordert LA Andreas Brugger in einem Landtagsantrag den Verzicht auf die dreijährige Verjährungsfrist von Missbrauchsfällen in Tiroler Kinderheimen.

Doch nicht nur das bringt das Land in den juristischen Tauschen vor, sondern in einem Fall wird entgegnet, dass die Ursächlichkeit des späteren Lebenswegs der Klägerin nicht im Heim St. Martin lag, sondern in ihrer eigenen Persönlichkeit. Diese Argumentation, mit der Entschädigungen und ein späterer Verdienstentgang vom Tisch gewischt wird, findet nicht nur Brugger empörend. Auch Soziallandesrätin Christine



Tausende Mädchen erlebten bis 1990 ein Martyrium im Landeserziehungsheim St. Martin in Schwaz. Foto: EPA

Baur (Grüne) distanziert sich davon. „Das akzeptiere ich sicher nicht“, zeigte sie sich von der Argumentation der Anwälte des Landes entsetzt. Der Passus, wonach mit den Entschädigungszahlungen der Opferschutzkommission alle Ansprüche abgegolten

sind, sei ein juristischer.

Einen generellen Verjährungsverzicht lehnt sie ab. „Bei allem Leid, das den Heimkindern zugefügt wurde, darf man die Frage der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit nicht ausklammern. Wir haben alles

sehr genau abgewogen.“ In einem gerichtsanhängigen Fall wird zu dieser Frage ein Gutachten eingeholt.

„Der Grund dafür, dass die Opfer das ihnen zugefügte Unrecht nicht schon viel früher zum Anlass genommen haben, Ersatzansprüche zu stellen, war sicher die Folge eines Ohnmachtsgefühls“, sagt hingegen Brugger. Ob und inwieweit die Ansprüche im Einzelfall gerechtfertigt seien, „soll und muss das Gericht entscheiden“, fügt er



„Der Verzicht auf die Verjährungsfrist ist keine juristische, sondern eine politische Frage des Landes.“

Andreas Brugger (Liste Fritz)
(Abgeordneter) Foto: TT

hinzu. Hier treffen sich Brugger und Baur inhaltlich. „Es gibt viele Fragestellungen, einige müssen die Gerichte klären.“ Für sie geht es nicht um noble Gesten, sondern bewusst sei entschieden worden, dass im Einzelfall geprüft werden müsse.

Im März-Landtag dürfte es jedenfalls intensive Debatten über den Fritz-Antrag geben. Brugger erwartet sich, dass das Land von sich aus auf die Verjährung verzichtet.

Missbrauch, Demütigung und Zwangsarbeit

Innsbruck – Seit Bekanntwerden des Missbrauchs in öffentlichen und kirchlichen Heimen vor vier Jahren haben sich bisher 517 Personen bei der Opferschutzkommission des Landes gemeldet. 274 Missbrauchsoffer erhielten eine finanzielle Entschädigung, die zwischen 5000 und 25.000 Euro betrug. 2,1 Millionen Euro wurden bisher ausbezahlt. In Anlehnung an das Entschädigungsmodell der Unabhängigen Opfer-

schutzanwaltschaft wendet die Kommission Richtlinien zur Bewertung der einzelnen Sachverhalte an, welche Schwere, Dauer und Folgen der Übergriffe berücksichtigen. Die Pauschalabgeltung kann für den jeweiligen Missbrauchsfall bis zu einer Höhe von 25.000 Euro beziffert werden.

Für 19 ehemalige Heimkinder hat das Land 140.128 Euro übernommen.

Im Mädchenerziehungsheim St. Martin prägten

Zucht und Disziplin den Erziehungsalltag, der häufig auch in Gewalt und Missbrauch ausgeartet ist. Die Mädchen mussten auch (zwangs-)arbeiten. Versicherungszeiten, Entschädigungen und Zusatzpensionen stehen hier ebenfalls im Raum – und werden gefordert. Die freiwillige Anrechnung von Arbeitszeiten der Heimopfer im Erziehungsheim St. Martin in Schwaz würde rund 10 Mio. Euro kosten. (pn)

Kurzmeldungen

WWF übt harsche Kritik an Ruppreecher

Innsbruck – Scharfe Kritik übt der WWF an der jüngsten Aussage von Umweltminister Andrä Ruppreecher in der TT zum Kraftwerk Kaunertal. Ruppreecher, der sich selbst als einen „Grünen der ersten Stunde“ bezeichnet, werde demnach „dem geplanten Ausbau des Kraftwerks Kaunertal keinen Widerstand entgegensetzen“, wenn in Tirol eine Entscheidung gefallen

sei. „Die Äußerung des Ministers ist daher für den WWF befremdlich – immerhin erwarten wir uns vom Umweltminister in erster Linie, dass er für den Schutz der Flüsse eintritt“, erklärt Thomas Diem vom WWF verwundert. Es sei bereits festgestellt worden, dass der Ausbau des Kraftwerks Kaunertal aus derzeitiger Sicht nicht umweltverträglich sei. (TT)



Der WWF fordert, dass Ruppreecher die Flüsse schützt. Foto: EPA

Rücksichtsloser Lenker flüchtete

Stumm – Trotz Gegenverkehrs überholte ein Pkw-Lenker am Freitagmorgen auf der Zillertalbundesstraße bei Stumm mehrere Autos. Eine entgegenkommende 25-Jährige fuhr beim Ausweichmanöver mit ihrem Wagen gegen die Leitplanke. Der unbekannte Unfallverursacher flüchtete. (TT)

Ermittlungen wurden eingestellt

Innsbruck – Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat nun alle Ermittlungen zum im Frühjahr 2013 durchgeführten Auswahlverfahren für Richteramtswärter am OLG Innsbruck eingestellt. Die anonym vorgeworfene Bevorzugung einzelner Bewerber konnte letztlich vollständig entkräftet werden. (TT)

Polizeihund fand Suchtgift

Söll – Pech für einen Briten in Söll: Im Zuge von Suchtmittlermittlungen setzte die Sölller Polizei einen Suchhund ein. Und „Nemo“ erschnüffelte beim 34-jährigen tatsächlich rund 90 Gramm Marihuana. Die Beamten beschlagnahmten das „Gras“ und zeigten den Briten auf freiem Fuß an. (TT)